

Antrag 108/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Vertagt auf LPT-I-2026 (Konsens)****Nieder mit dem Patriarchat, auch wenn es sich romantisch anfühlt: Zivilehe abschaffen, Verantwortungsgemeinschaften umsetzen**

1 Das Patriarchat ist eines der Kernunterdrückungssysteme
2 unserer Gesellschaft, dass durch den Kapitalismus mas-
3 siv weiter verstärkt wird und ihm dient. Um die Unter-
4 drückung von Frauen durch Cis-Männer abzusichern ha-
5 ben sich über Jahrtausende Institutionen entwickelt, die
6 systematische Machtgefälle in die gelebte Praxis umset-
7 zen und normalisieren. Viele dieser Institutionen machen
8 sich nicht auf den ersten Blick bemerkbar oder erleben so-
9 gar im Laufe der Zeit Veränderungen zur Abmilderung ih-
10 rer Wirkung auf die Selbstbestimmung von Frauen. Eine
11 dieser Institutionen ist die Ehe. Sie existiert als Kerninsti-
12 tution gesellschaftlichen Zusammenlebens seit Jahrtau-
13 senden und ist global traditionell in verschiedenen ver-
14 ankert. In der Bundesrepublik und ihren Vorgängerstaa-
15 ten ist die Ehe traditionell vor allem durch das Bürger-
16 liche Gesetzbuch geregelt und regelt das Zusammenle-
17 ben zweier Menschen, die sich bis zur Scheidung recht-
18 lich als Einheit aneinanderbinden. Ursprünglich als poli-
19 tisches Instrument genutzt, um Eigentum und Territori-
20 en zu verteilen - oftmals ohne jegliche Beteiligung oder
21 zugunsten von Frauen - entwickelte sich die Ehe zu ei-
22 ner auf der Liebe zweier Menschen zueinander basieren-
23 den Institution. Ebenso galt sie als die ultimative Grundla-
24 ge zur Gründung einer Kernfamilie durch das Zeugen von
25 Kindern, vor allem um weiterhin verlässlich neue Arbeits-
26 kräfte durch die Arbeiter*innenklasse selbst sicherzustel-
27 len. Hieraus erwachsen viele Privilegien für Verheiratete,
28 die sich heute bspw. mit dem Ehegattensplitting noch in
29 Steuervergünstigungen niederschlagen.

30
31 Unter dem Vorwand des Verliebtseins wurde verschlei-
32 ert, dass Frauen, die heirateten, viele ihrer Selbstbestim-
33 mungsrechte mit aufgaben. Sie durften lange ohne Zu-
34 stimmung des Ehemannes keine Arbeit aufnehmen, ein
35 Bankkonto eröffnen und wurden im Scheidungsfall oft
36 schuldig geschieden mit finanziellen und sozialen Bürden
37 belegt und verloren oft das Sorgerecht für Kinder und ih-
38 re Anteile an gemeinschaftlich angeschafftem Eigentum.
39 Ihre Rolle war die der Hausfrau, die sich der privaten ge-
40 sellschaftlichen Sphäre zu widmen hatten und dem Mann
41 unterstellt waren. Sie waren oft Gewalt und Missbrauch
42 schutzlos ausgesetzt, so wurde bspw. die Vergewaltigung
43 in der Ehe erst 1997 strafbar gemacht. Die Institution der
44 Ehe hat eine Jahrtausendelange Geschichte der Unterdrü-
45 ckung der Frau. Für queere Menschen und andere nicht
46 heteronormativ lebenden Menschen war die Ehe gänzlich

geschlossen, andere Lebensmodell abseits der heteronormativen Kernfamilie wurden nicht anerkannt oder gar kriminalisiert und verfolgt.

Zwar wurden viele dieser Unterdrückungsregelungen in den letzten Jahrzehnten abgeschafft, bzw. aufgeweicht, und die sog. Ehe für Alle führte zur Anerkennung queerer Partner*innenschaften, die nach dem heteronormativen Modell organisiert waren – maßgeblich erkämpft durch Sozialdemokrat*innen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in Deutschland viele aus Liebe heiraten oder auf die Ehe verzichten und eheähnlich zusammenleben. Nichtsdestotrotz bleibt die Ehe die Kerninstitution des Zusammenlebens unter Erwachsenen. Ein Blick in die gesellschaftlichen Realitäten zeigt, dass patriarchale Macht- und Gewaltstrukturen insbesondere im heimischen Kontext ihre volle Kraft entfalten.

- Die Zahl der gemeldeten Fälle von häuslicher und Partner*innengewalt steigen ständig, insbesondere die Zahl der Femizide, also der Morde an FINTA aufgrund ihres Geschlechts bzw. ihrer Genderidentität. Das Verlassen einer Ehe bedarf einer konsensuellen Scheidung einerseits und zieht Gerichtsverfahren mit oft hohen Kosten mit sich. Somit ist das Verlassen der Ehepartner*innen nicht für alle Gewaltbetroffenen eine Option. Hinzukommen oftmals auch aufenthaltsrechtliche Schwierigkeiten, sofern das Eheverhältnis die Aufenthaltserlaubnis begründet.
- Frauen verdienen immer noch signifikant weniger als Cis-Männer und verrichten unbezahlte Sorgearbeit immer noch signifikant öfter. Wird für diese Sorgearbeit die Lohnarbeit reduziert, sind dies oft Frauen. Sie verlieren Einkommen und ihre Renten fallen geringer aus. Ihr Kranken- und Sozialversicherungsschutz ist oft nicht mehr gegeben und sie befinden sich somit in Abhängigkeit von Ehepartner*innen. Das Ehegattensplitting bietet zudem exklusive steuerliche Privilegien für Ehen. Das Ehegattensplitting ist so angelegt, dass die Einverdiener*innen-ehe finanziell belohnt wird - und somit meist Frauen von der Lohnarbeit in die unbezahlte Sorgearbeit oder (unfreiwillige) Teilzeitarbeit gedrängt werden. In vielen Fällen führt dieses System für Frauen zu Armut und finanzieller Abhängigkeit, besonders im Alter.
- Queere Menschen, die nicht dem heteronormativen Werten einer (monogamen) Zweierbeziehung unterwerfen wollen, bspw. polyamore Partner*innenschaften, oder auch Menschen ohne eine solche Beziehung finden kaum gesellschaftliche Anerkennung und werden von steuerlichen Privilegien ausgeschlossen oder haben sogar Schwierigkeiten eine

Wohnung zu finden.

- Andere Formen des häuslichen Zusammenlebens, bspw. auf Dauer angelegte WGs oder sonstige genossenschaftlich oder gemeinschaftlich organisierte Wohnprojekte sind rechtlich kaum anerkannt. Gemeinschaftliche Fürsorge oder Erben ist nur nach langwierigen Gerichtsprozessen und nicht zu gleichen Konditionen wie in einer Ehe möglich.

Diese Analyse unterstreicht die Vormachtstellung der Ehe als Institution für diejenigen, die sie eingehen und diejenigen, die dies nicht wollen. Sie vertieft patriarchische Machtstrukturen und hindert Freiheit und Selbstbestimmung ebenfalls durch ihren Anspruch auf dauerhaftes Halten. Die Ehe dient dem chauvinistischen, kapitalistischen Nationalstaat als Durchsetzungsinstrument frauenfeindlicher, queerfeindlicher, klassistischer und rassistischer Politik. Auch, wenn es viele Menschen gibt, die in der Ehe eine romantische Verbindung sehen und in dieser glücklich sind, ist Emanzipation und Überwindung von Heteropatriarchat und Kapitalismus nur durch radikale und solidarische Veränderung möglich. Die Ehe bringt einzig ihr vorbehaltene rechtliche Absicherung und der Wunsch nach dieser ist und bleibt im aktuellen System nachvollziehbar. Auch besonders für Frauen kann diese Absicherung wertvoll sein, wenn sie etwa unbezahlter Sorgearbeit nachgegangen sind und im Falle einer Scheidung Recht auf Unterhalt haben, was in einer Beziehung ohne Ehe nicht im gleichen Rahmen gegeben wäre. Diese Rechte sollen aber nicht länger exklusiv der bestehenden Institution der Ehe vorbehalten sein

Daher fordern wir:

- Die Zivilehe wird abgeschafft. Alle sich auf sie beziehenden Gesetze und Regelungen werden angepasst, bzw. ebenfalls abgeschafft. Steuerliche Privilegien werden nicht mehr angewandt. Mit Eheschließungen und Scheidungen betraute Angestellte und Beamt*innen bekommen neue Aufgaben zugeteilt, bevorzugt in der Umsetzung von Jugendhilfe oder Gewalthilfe. Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes wird gestrichen.
- Die Jugend- und Gewalthilfe wird gestärkt, idealerweise durch freiwerdende personelle und finanzielle Ressourcen bei Gerichten und in der Verwaltung.
- An ihre Stelle treten Verantwortungsgemeinschaften, wie bereits durch Jusos und SPD beschlossen und in Frankreich durch die sog. „pacts civils“ (PACs), in gängiger Praxis befindlich. In diesen können Menschen anlass-, verwandtschafts-, gender- und anzahlunabhängig Verantwortung füreinander und Angehörige übernehmen. Sie über-

nehmen die Fürsorge-, erbrechtlichen oder auch aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen der Zivilehe. Dazu gehören auch die Nichtaussagemöglichkeit vor Gericht oder Besuchs- und Informationsrechte im Krankheitsfall z.B. Im Unterschied zur Zivilehe können sie durch einfachen, schriftlichen, gemeinsamen Antrag beim zuständigen Standesamt eingegangen werden und gelten durch Eingang als erteilt. Auf Wunsch kann eine Probephase vereinbart werden, mit dessen Ablauf die Verantwortungsgemeinschaft durch alle Mitglieder aktiv und schriftlich verlängert werden muss um fortzubestehen.

- Eine Person kann durch einfachen, schriftlichen Antrag ohne Zustimmung anderer Teile der Verantwortungsgemeinschaft diese verlassen. Gebühren fallen in beiden Fällen nicht an. Verantwortungsgemeinschaften zweier Partner*innen werden dann mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Das Standesamt informiert verbleibende Mitglieder über den Austritt aus der Verantwortungsgemeinschaft schriftlich. Zum Gewaltschutz kann auf Wunsch diese Information verzögert und erst auf Freigabe durch den verlassenden Teil geteilt werden.
- Über gemeinschaftlich angeschafftes Eigentum werden Nachweise geführt. Dieses wird beim Ausscheiden eines*r Partner*in zu gleichen Teilen bewertet und fällt, sofern nicht anders geregelt, den übrigbleibenden Partner*innen zu, die die verlassenden Partner*innen finanziell entschädigen müssen. Diese Ansprüche sind sofort durchsetzbar und verjähren nicht.
- Eine rechtliche Besserstellung, ausgenommen der Rechte und Pflichten innerhalb der Verantwortungsgemeinschaft, im Vergleich zu Menschen außerhalb einer Verantwortungsgemeinschaft findet nicht statt und wird, bspw. bei der Vergabe von Wohnraum, verboten und strafrechtlich geahndet.
- Alle bereits bestehenden Ehen können bestehen bleiben oder auf Antrag in Verantwortungsgemeinschaften umgewandelt werden. Die Rechtslage bleibt für eine Übergangsphase bestehen. Die bisherigen Eheleute werden schriftlich über alle geänderten Rechte und Pflichten in Kenntnis gesetzt und können ihre Entscheidung hiervon abhängig machen. Steuerliche oder sonstige finanzielle Vorteile staatlicherseits werden hingegen nicht mehr genehmigt, um den Grundsatz der Gleichbehandlung nicht zu verletzen.
- Das Eingehen einer symbolischen Ehe über sog. freie Trauungen oder religiöse Zeremonien bleibt hiervon unberührt. Durchsetzbare Rechte und Pflichten erwachsen hierdurch allerdings nicht
- Die durch den Wegfall des Ehegattensplittings ent-

206 stehenden finanziellen Einschnitte für Paare mit
207 niedrigem Einkommen sollen durch ein solidari-
208 sches Steuersystem, wie es unsere Beschlusslage ist,
209 ausgeglichen werden.
210